

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 25. April 2017
– Drucksache 16/1958**

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 25. April 2017
– Drucksache 16/1958 – Kenntnis zu nehmen.

03. 05. 2017

Der Berichterstatter:

Fabian Gramling

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/1958, in seiner 8. Sitzung am 3. Mai 2017.

Vorsitzender Willi Stächele erinnerte daran, dass in der Vergangenheit im Ausschuss lediglich noch offene Fragen zum Bericht über aktuelle europapolitische Themen geklärt worden seien, die eigentliche Debatte im Wesentlichen aber im Plenum geführt worden sei.

Abg. Peter Hofelich SPD machte darauf aufmerksam, die Mitteilung Drucksache 16/1958 werde in der Plenarsitzung am 10. Mai 2017 als letzter Tagesordnungspunkt beraten, wobei die Sitzung nach jetzigem Stand voraussichtlich bis 17:35 Uhr daure. Da aber im Europa Zentrum um 17 Uhr der Festakt zum 40-jährigen Bestehen beginne, bei dem seines Wissens der Minister auch ein Grußwort spreche, sei der Termin für die Behandlung der Mitteilung Drucksache 16/1958 im Plenum sehr unglücklich gewählt.

Vorsitzender Willi Stächele hielt fest, die Tagesordnung sollte entsprechend geändert werden.

Abg. Peter Hofelich SPD verwies auf das Gespräch des Ministers mit einem Schweizerischen Bundesrat, worüber auch in der Mitteilung Drucksache 16/1958 berichtet werde, und legte dar, bei dem Austausch mit den Schweizer Nationalräten und Ständeräten habe ihn im Hinblick auf die Masseneinwanderungsinitiative überrascht, dass nun gleichsam eine gangbare Lösung gefunden worden sei. Die Sozialdemokraten und die Freisinnigen hätten eine niederschwellige Regelung gefunden, bei der offene Stellen den Arbeitsvermittlungszentren gemeldet würden und, wenn sich kein Inländer melde, auch Ausländer eingestellt werden könnten.

Ihn interessiere, ob das Ministerium der Meinung sei, dass dies eine Lösung sei, mit der es sich leben lasse. In Deutschland habe die Masseneinwanderungsinitiative, die vor allem auf das Betreiben der SVP zurückzuführen sei, für Empörung gesorgt, und nun vermittelten die Kollegen aus dem Nationalrat bzw. Ständerat, dass sie alles im Griff hätten.

Minister Guido Wolf antwortete, die Entwicklungen in der Schweiz hinsichtlich des Umgangs mit einer Situation, über die die Schweizer im Nachhinein wohl selbst etwas erschrocken seien, könnten sukzessive nachvollzogen werden. Ob es sich damit leben lasse, vermöge er heute noch nicht einzuschätzen. Alles, was die Schweiz ihrerseits unternahme, um dieses Referendum ein Stück weit durch gängige Praxis differenziert anzuwenden, sei im Ergebnis aber im Sinne Baden-Württembergs. Wenn also die derzeitigen Signale in Richtung einer solch differenzierten Auslegung und einer praktikablen Lösung gingen, könne das von Vorteil sein. Derzeit lasse sich aber noch nicht beurteilen, ob diese Praxis für gut befunden werden könne. Das Ganze müsse noch etwas beobachtet werden.

Abg. Lars Patrick Berg AfD brachte vor, ausweislich des Berichts über aktuelle europapolitische Themen seien im Zuge der Umsetzung der EU-Türkei-Erklärung bisher 944 Personen von Griechenland in die Türkei zurückgeführt worden und 4.415 syrische Flüchtlinge aus der Türkei in 13 EU-Staaten neu angesiedelt worden. Er frage, woran es nach der Einschätzung des Ministers liege, dass – in Anführungsstrichen – „nur“ 944 Personen von Griechenland in die Türkei zurückgeführt worden seien. Ihn interessiere, ob das vielleicht an der griechischen Asylgesetzgebung liege.

Überdies bat er den Minister, kurz über das Gespräch mit dem Landeshauptmann der Provinz Südtirol, bei dem es auch um das Thema „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ gegangen sei, zu berichten.

Minister Guido Wolf führte aus, was die erste Frage betreffe, so lege Herr Berg mit seiner Einschätzung durchaus den Finger in die Wunde; denn es zeige sich, dass es Griechenland nicht schaffe, die Asylverfahren zügig abzuarbeiten, um die Rückführung zeitgerechter bzw. kurzfristiger zu ermöglichen. Aus der überlangen Bearbeitungszeit resultiere das Missverhältnis der Einwanderung einerseits und der Möglichkeit, Flüchtlinge wieder zurückzuführen, andererseits. Darauf habe Baden-Württemberg keinen Einfluss. Doch sei das ein Faktor, der das Abkommen ein Stück weit in eine gewisse Schieflage bringe.

Was seine Reise nach Südtirol und sein Gespräch mit dem Landeshauptmann der Provinz Südtirol anlange, sei festzustellen, dass Baden-Württemberger dort unverändert höflich und herzlich aufgenommen würden. Seines Erachtens fühlten sich die Südtiroler Baden-Württemberg sehr nahe.

Sie träten sehr selbstbewusst auf. Südtirol habe eine glänzende Entwicklung, was die Wirtschaftsdaten, den Arbeitsmarkt und den Tourismus angehe. In dieser Entwicklung hebe sich Südtirol von Italien ab. Es pflege diese Eigenständigkeit. Dass Südtirol so erfolgreich sei, sei im Grunde auch der beste Beleg dafür, dass Südtirol in Rom die Autonomie nicht streitig gemacht werde.

Was die aktuelle politische Lage in Italien und den erneuten politischen Einstieg von Renzi betreffe, so habe er den Eindruck gewonnen, dass sich Südtirol von dem ständigen Regierungswechsel und der nicht berechenbaren politischen Entwick-

lung fast ein Stück weit abkoppeln wolle. Die politisch relevanten Kräfte und der Landeshauptmann in Südtirol hätten quasi eine deutlich längere Halbwertszeit als die politisch Verantwortlichen in Rom. Das werde in Südtirol in dieser Eigenständigkeit ein Stück weit auch zur Marke gemacht.

Seines Erachtens sei Baden-Württemberg gut beraten, engen Austausch mit Südtirol zu pflegen. Über einen Gegenbesuch werde nachgedacht. Es gebe Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit im Tourismus, die wieder intensiviert werden sollten.

Ohne förmliche Abstimmung beschloss der Ausschuss, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 16/1958 Kenntnis zu nehmen.

05. 05. 2017

Fabian Gramling